

Lodz

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postcheck-Account 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanstraße 4

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Wahlgesetzentwurf der PPS.

Sozialistischer Gegenvorschlag zu den Projekten der Sanacja im Sejm eingebracht.

Große Überraschung hat es erregt, als bekannt wurde, daß die PPS zugleich mit dem Regierungsbloc einen eigenen Entwurf eines Wahlgesetzes zum Sejm und Senat einbringen wird. Nachdem noch einige Zweifel darüber bestanden, ob es zur Einbringung dieses sozialistischen Wahlgesetzentwurfs auch tatsächlich kommen wird, ist dieser Entwurf nun von der sozialistischen Fraktion in der gestrigen Sitzung des Sejm eingebracht worden. Dieser Gesetzentwurf als auch die vom Regierungsbloc eingebrachten Entwürfe wurden der Verfassungskommission des Sejm überwiesen.

Der sozialistische Wahlgesetzentwurf fordert eine Abstimmung auf die Wahllisten und nicht auf Kandidatenlisten unter Beibehaltung der sogenannten Staatslisten. Die Mandate aus den Staatslisten sollen jedoch im Sinne des sozialistischen Projekts nicht wie bisher proportional zu den auf die Wahllisten in den einzelnen Wahlbezirken entfallenden Mandate, sondern im Verhältnis zu den Stimmentheften in den einzelnen Wahlbezirken zuverlaufen. Dieser Vorschlag entspricht einer ähnlichen Bestimmung der tschechoslowakischen Wahlordnung.

Bei dem im Sejm und Senat herrschenden Kräfteverhältnis besteht zwar nur geringe Aussicht, daß der sozialistische Wahlgesetzentwurf angenommen werden wird, doch stellt er ein sehr bedeutsames Gegengewicht gegen die undemokratischen Bestimmungen des Wahlgesetzentwurfs der Sanacja dar und wird zweifellos eine sehr wirksame Diskussionsgrundlage bei den Beratungen im Sejm bilden.

Die Sitzung des Sejm und Senats.

Stille Trauerkundgebungen für den Marschall Piłsudski.

Die außerordentliche Tagung des Parlaments, die vom Staatspräsidenten zur Erledigung der neuen Wahlgesetze eingesetzt worden ist, wurde am gestrigen Nachmittag durch eine Sitzung des Sejm eröffnet.

Zunächst wurde das Andenken des Marschall Piłsudski geehrt. Der Sejmarschall Świdnicki forderte die

Abgeordneten auf, sich zu erheben und stillschweigend das Andenken des Marschall Piłsudski zu ehren. Nach dieser Trauerkundgebung sprach der Marschall namens des Sejm allen Parlamenten anderer Staaten seinen Dank aus, die ihr Mitgefühl mit der polnischen Trauer zum Ausdruck gebracht haben.

Darauf teilte der Sejmarschall mit, daß seitens des Regierungsblocs Gesetzentwürfe für die Wahlordnung zum Sejm, für die Wahlordnung zum Senat und für die Präsidentenwahl eingegangen seien. Nach dieser Mitteilung brachte die PPS ihren Gesetzentwurf für die Wahlordnung zum Sejm und Senat ein. Alle diese Anträge wurden ohne Aussprache an den Verfassungsausschuß überwiesen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Der Verfassungsausschuß des Sejm wird schon Freitag zusammenkommen, um die Referate für die vorliegenden Gesetzentwürfe zu verteilen.

Unmittelbar nach dem Schluß der Sejmssitzung fand auch die erste Sitzung des Senats statt, die gleichfalls lediglich einer Trauerkundgebung für den Marschall Piłsudski gewidmet war. Senatsmarschall Raczkiewicz sprach den Dank des Senats an die Senate bzw. Oberhäupter des Auslandes aus, die in ihren Sitzungen der polnischen Trauer gedacht hatten.

Ein Oberstes Komitee zur Ehreung Marschall Piłsudski.

Gestern fand im Schloß des Staatspräsidenten die Eröffnungssitzung des Obersten Komitees zur Ehreung des Gedächtnisses des Marschall Piłsudski statt. Zu der Sitzung waren 130 Personen erschienen, die vom Staatspräsidenten eingeladen worden waren. Der Staatspräsident hielt an die Versammlung eine kurze Ansprache, worauf General Wieniawa-Dlugoszowski in einem längeren Referat die Ziele des Obersten Komitees darlegte. Es sollen alle diesbezüglichen Pläne im ganzen Lande zusammengefaßt und vereinheitlicht werden. Nach dem Referat wurde ein Präsidium und ein Ausführungskomitee gewählt.

Laval bildet die Regierung.

Die endgültige Ministerliste noch nicht bekannt.

Bouisson lehnt erneut ab.

Nachdem Pietri den Auftrag der Kabinettbildung zurückgegeben hatte, hat Präsident Lebrun den Kammerpräsidenten Bouisson ins Elysée berufen und ihm erneut den Auftrag der Kabinettbildung angeboten. Bouisson hat wenige Minuten später die Beauftragung abgelehnt und gar nicht erst mit politischen Besprechungen begonnen.

Auch Delbos lehnt ab.

Daraufhin hielt der Präsident eine Beratung mit Bouisson und Herriot ab und beauftragte dann den Führer der radikalsozialen Kammerfraktion Delbos mit der Regierungsbildung. Dieser lehnte jedoch den Auftrag sofort ab.

Laval der letzte Ausweg.

Angesichts dessen berief Präsident Lebrun den Außenminister Laval zu sich und beauftragte ihn zum zweitenmal, die Regierung zu bilden. Laval nahm die Mission an. Laval ist sofort daran gegangen, die Ministerliste zusammenzustellen und nahm die Verhandlungen mit den hierfür in Frage kommenden Parteien und Personen auf.

Paris, 7. Juni. Pierre Laval hat um 0.30 Uhr die Bildung seines Kabinetts noch nicht beendet. Man hündigt an, daß die amtliche Liste nicht vor 2 Uhr früh zu erwarten sei. In parlamentarischen Kreisen ist eine erste vorläufige unvollständige Liste im Umlauf, die je-

doch noch geändert werden kann.

Danach übernimmt der Ministerpräsident auch das Außenministerium. Als Staatsminister sind vorgesehen: Marschall Petain, Caillaux, Herriot und Marin. Die Amtsräume folgendermaßen verteilt werden: Justiz Pernot, Inneres Marconbes, Finanzen Pietri, Krieg General Maurin, Kriegsmarine Talandin, Luftfahrt General Denain, Handel Laurent-Gynac, öffentliche Arbeiten Paganon, Kolonien Rollin, Post Mandel, Arbeitsministerium Prossard, Unterricht, Landwirtschaft, Gesundheitspflege, Handelsmarine und Pensionen sind noch offen. Als Staatssekretär beim Ministerpräsidium wird Cahala genannt.

Hungerstreit in einem Arrestlokal.

Die Stadtverwaltung von Sulejow hatte beschlossen, den Inhaftierten des städtischen Arrestlokals nicht mehr die Entschädigung von 60 Groschen täglich für die Belohnung auszuzahlen, sondern ihnen Essen aus der Küche zu verabfolgen. Damit waren jedoch die Häftlinge nicht einverstanden und traten in den Hungerstreik. Die Inhaftierten des Arrestlokals, 13 an der Zahl, wurden daraufhin unter starker polizeilicher Bewachung nach Petrikau geschafft und ins dortige Gefängnis eingeliefert.

Der schwedische Unterrichtsminister in Warschau.

Gestern ist der schwedische Unterrichtsminister Arne Engberg mit dem Flugzeug in Warschau eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof u. a. auch vom Unterrichtsminister Jendrzejewicz begrüßt.

Gespannte Lage im Fernen Osten.

Tokio, 6. Juni. Der Konflikt zwischen Japan und Nordchina verschärft sich. In japanischen Kreisen rechnet man bereits damit, daß militärische Operationen in Nordchina wieder beginnen werden.

Greiser appelliert an die Opposition.

Kommt ein Regimewechsel in Danzig?

Der Danziger Senatspräsident Greiser hielt am Dienstag eine Rede, in der er die aufgeregten Gemüter zu beruhigen suchte. Wie unsicher sich der Nazi-Senat im gegenwärtigen Augenblick fühlt, zeigt die Tatsache, daß er an die Opposition appellierte, die von seinen Zeitungen bis in die letzten Tage hinein als bedeutungslose Splitter verhöhnt wurden. Greiser schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Niemand in Danzig, der sich der Bedeutung der Stunde bewußt ist, kann daran zweifeln, daß der Versuch, die Devaluation zu einer Regierungskrise auszuweiten, den Staat in eine Gefahr bringt, die dann nicht mehr durch innerpolitische Faktoren zu meistern sein würde.“

Diese dunkle Andeutung, welche das Deutsche Nachrichtenbüro übrigens nicht wiedergab, zeigt, daß die „siegreiche“ nationalsozialistische Partei, welche nach den Wahlen glaubte, für die nächsten vier Jahre die unbeschränkte Beherrscherin der Freien Stadt Danzig zu sein, sich auch auf das Schlimmste gefaßt macht. Im übrigen hält man es selbst in Berlin für nicht ganz ausgeschlossen, daß angesichts der ungeordneten Finanzverhältnisse und des Anwachsens der innerpolitischen Opposition in Danzig der Hohe Kommissar des Völkerbundes eingreifen könnte und eventuell sogar die Anregung zur Durchführung von Neuwahlen geben würde.

Erneut beschlagnahmt.

Die gestrige Auflage der „Volkszeitung“ wurde wegen der Meldung über die Beschlagnahme der Auflage vom Mittwoch erneut beschlagnahmt.

Die Zeitungspakete für die Bezirke Oberschlesien und Bielitz sind auf dem Bahnhof konfisziert worden, ebenso die zur Postbeförderung aufgegebenen Zeitungen. Für die Abonnenten dieser Bezirke haben wir die sie interessierenden Artikel in der heutigen Auflage untergebracht.

Wir bitten alle Abonnenten, die die Zeitung nicht erhalten haben, uns unbedingt die Treue zu wahren!

